



Den Bürger im Blick: ***Sachorientierung statt Parteipolitik***

Programm zur Bürgermeisterwahl
in der Gemeinde Mühlhausen

am 13. November 2011

Dipl. oec. Regine Engelbrecht
Parteiunabhängige Kandidatin

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen
in Mühlhausen, Rettigheim und Tairnbach.

Vor Ihnen liegt mein Programm „**Den Bürger im Blick: Sachorientierung statt Parteipolitik**“
anlässlich der Bürgermeisterwahl in unserer schönen Gemeinde Mühlhausen am 13.11.2011.

Warum stelle ich dieses Dokument erst jetzt vor? - Hierfür gibt es eine einfache Erklärung:
In meiner Vorstellung kann ein Programm für eine **Bürgermeisterwahl** in einem
überschaubaren Umfeld wie dem unserer Wohngemeinde nur dann gut und bürgernah sein,
wenn man sich als Kandidat oder Kandidatin ausführlich mit möglichst vielen Teilen der
Bürgerschaft und des ortsansässigen Gewerbes persönlich unterhalten, umfassend mit ihnen
ihre echten Probleme im Dialog diskutiert, parallel dazu die verfügbaren Akten und
Statistiken studiert – und erst **danach** die in diesem Prozeß gewonnenen Informationsmassen
sortiert und priorisiert hat. **Dies erfordert Zeit für den erforderlichen Tiefgang in der
Sache.**

Zu einem früheren Zeitpunkt hätte also schlicht der umfassende persönliche Dialog mit Ihnen,
den **Bürgern**, gefehlt. Der Dialog also mit den Menschen, die den Bedarf in unserer
Gemeinde letzten Endes determinieren - und die ich fortan als **Bürgermeisterin** vertreten
möchte.

Vieles erscheint mir in den Aussagen meiner Mitbewerber unausgegoren und „vorgefertigt“.
Es wird versucht, mit dünnen Floskeln oder breiten Stoffsammlungen möglichst viele Themen
und alle Ortsteile irgendwie abzudecken - und damit vermeintlich jede Gruppe im Wahlkampf
mundgerecht zu bedienen. Nach dem Motto: Irgendetwas wird schon für jeden dabei sein –
und nach der Wahl fragt sowieso keiner mehr genauer nach.

Nach 15 Jahren **authentischer** Erfahrung in unserer Gemeinde weiß ich als vielfache Mutter,
Berufstätige, Selbstständige, ausgebildete Ökonomin und Ehefrau des Vorsitzenden eines der
größten Ortsvereine, dass es so einfach nicht ist. Nochmals: Echte Sachorientierung erfordert
Zeit und Tiefgang – und auch die Bereitschaft, Unangenehmes **vor** der Wahl offen
anzusprechen. **Nur wer wirklich weiß, wo er steht, kann den richtigen Weg zum Ziel finden.**

Dies wird sehr deutlich in allen Belangen, die sich mit der generellen kommunalen
Finanzierungsfähigkeit welcher Versprechungen auch immer beschäftigen: Ob Infrastruktur,
Betreuungskonzepte, Freizeit- und Begegnungsstätten – die angespannte kommunale
Haushaltslage lässt wenig zu. **Bedarfsgerechte Priorisierung und Ehrlichkeit** sind das Gebot
der Stunde.

Versprechungen etwa über beabsichtigte baukosmetische „Verschönerungen“ in einem Orts-
teil, dem umgekehrt die Grundversorgung, die Jugend und jede Perspektive fehlen, sind nicht
zielführend – was die Verantwortlichen genauso wissen wie die Ortsgemeinschaft.

Ich hoffe, dass Sie als interessierte Bürger und Wahlberechtigte sich bei dieser wichtigen
Entscheidung für die nächsten acht Jahre in meinem und ihrem direkten Wohnumfeld nicht
von den eklatanten Erklärungslücken und „Leuchtreklamen“ mancher Prospekte blenden
lassen.

Stellen Sie in den verbleibenden Tagen allen Bewerbern ihre Fragen – und entscheiden dann.

Ich freue mich auf den weiteren Dialog.

Ihre

Dipl. oec. Regine Engelbrecht

Mein Prinzip: Transparenz und Bürgernähe

Plakat:

„Transparenz statt Hinterzimmertaktik“



Grundsätzliches

Kommunale Politik muss transparent bleiben.

Der Prozess der Entscheidungsvorbereitung, der Entscheidungsfindung und -umsetzung muss demzufolge für die Bürgerschaft verständlich und nachvollziehbar sein.

Die Schaffung einer verbindlichen Kommunikations- und Informationskultur in allen Phasen wesentlicher Entscheidungen spielt für die Glaubwürdigkeit des Bürgermeisters eine wichtige Rolle – und auch und gerade für die spätere Akzeptanz der entschiedenen Maßnahme. Schließlich geht es um die Erhaltung und weitere Steigerung der Lebensqualität in unser aller direktem und unmittelbarem Wohn- und Lebensumfeld.

Transparenz wiederum ist sehr eng mit Bürgernähe verbunden.

Diese möchte ich als Bürgermeisterin durch regelmäßige Sprechstunden in allen Ortsteilen und neue Formen der Bürgerbeteiligung gewährleisten. So denke ich etwa an die Einbeziehung von Jugendlichen im Rahmen eines **Jugendgemeinderats**.

Des Weiteren möchte ich kurzfristig die Weiterentwicklung elektronischer Bürgerdienste, die stärkere Nutzung der Gemeinde-Homepage als Informations- und Kommunikationsplattform sowie die Einführung eines Ideen- und Beschwerdemanagements voranbringen.

Ich bin überzeugt, dass in den Köpfen aller Bürger sehr viel Kreativität und Erfahrung steckt, die nur darauf warten, abgerufen und genutzt zu werden. Wenn der Bürger selbst davon nicht Gebrauch machen möchte, ist das seine persönliche Entscheidung: Zumindest aber muss man ihm rechtzeitig und ausreichend Gelegenheit geben, diese Potentiale einbringen zu können.

Ein guter **Bürgermeister** soll und wird, wie die Amtsbezeichnung es aussagt, in Gemeinderat und Außendarstellung der Gemeinde die echten Interessen **aller Bürger** möglichst interessenausgleichend vertreten – nicht seine eigenen und nicht die einer Partei.

So will es die **Gemeindeordnung** – und dem schließe ich mich vorbehaltlos an.

Im Folgenden gebe ich Ihnen einen Überblick über meine grundsätzlichen Rahmenvorstellungen zu den **wichtigsten kommunalen Themenbereichen**:

- I. Familienförderung, Jugend und Senioren, Bildung und Soziales**
- II. Haushalt und Ökologie**
- III. Infrastrukturelle Maßnahmen (nach Ortsteilen)**

Im Sinne des zuvor Gesagten sind alle Vorstellungen als Diskussionsgrundlage zu verstehen.

Themenbereich I

Familienförderung, Jugend und Senioren, Bildung und Soziales

Plakate:

„Familienförderung statt Frühstücksidylle“

„Zuallererst mal Kindergartenplätze“

„Betreuungskonzepte statt Baudenkmäler“



Familienförderung

Die Qualität und Vollständigkeit eines **Bildungs- und Betreuungskonzepts** für Kinder jeden Alters ist heute als Standortfaktor im Wettbewerb der Gemeinden ein *Muss*. Angefangen vom Ausbau der Kleinkindbetreuung über die Ganztagsbetreuung für Schulkinder bis hin zu einer qualifizierten Ferienbetreuung für Kinder aller Altersgruppen muss es ortsteilübergreifend ineinandergreifende Konzepte geben, ohne dass die örtliche Betreuung in den Kindergärten eingeschränkt wird.

Da ich als mehrfache Mutter aus Erfahrung genauestens weiß, wie der Spagat zwischen Familie und Beruf an berufstätigen Eltern zerrt und wie wichtig es ist, seine Kinder qualifiziert und flexibel betreut zu wissen, liegt hier ein klarer Schwerpunkt meines Programms:

Ich möchte in der Familienförderung künftig ein Angebot bereitstellen, das Familien tatsächliche Entlastung bringt - und dennoch bezahlbar bleibt.

Beispiel **Mühlhausen**:

Die Kraichgau-Grundschule bietet als Dienstleistung der Gemeinde (mit Gemeindepersonal) derzeit Kernzeit- und Hausaufgabenbetreuung an. Für letztere werden laut Schulleitung weitere Betreuungskräfte dringend benötigt, die nur deshalb nicht eingestellt werden können, weil die Gemeindekasse dies nicht hergibt und die aktuell erhobenen Gebührensätze hierfür nicht ausreichen. Ein finanzierbarer Lösungsansatz bestünde etwa darin, angehende Lehrkräfte als qualifizierte Praktikanten oder Schulabgänger für ein freiwilliges soziales Jahr zu finden. Das hilft allen: Kindern, Eltern, Schule und Gemeindekasse.

Beispiel **Rettigheim**:

Zur Zeit bietet der kath. Kindergarten Arche Noah die Betreuung von Kleinkindern im Rahmen der verlängerten Öffnungszeit an, der (ebenfalls) kath. Kindergarten St. Nikolaus eine Ganztagsbetreuung für Kinder ab drei Jahren. Familien mit Kindern in beiden Altersgruppen haben daher unterschiedliche Kindergärten des gleichen Trägers anzusteuern, die Ganztagsbetreuung von Kindern unter drei ist gänzlich ungelöst. Beide Kindergärten haben derzeit keine weiteren räumlichen Kapazitäten für erforderliche Erweiterungen.

Ursache ist die rege Bautätigkeit der jüngeren Vergangenheit in den Baugebieten ohne entsprechende Anpassung der Kapazitäten.

Dennoch sollen gemäß Planung schnell weitere Bauplätze ausgewiesen werden, weil permanent Geld in der Haushaltskasse für das laufende Geschäft fehlt.

Gespräche mit dem kirchlichen Träger könnten gezielte Lösungsansätze liefern, sowohl hinsichtlich des fehlenden Raumangebots als auch hinsichtlich dessen Finanzierbarkeit.

Denn: Die heute fehlenden Plätze müssen von der Gemeinde anderenorts über Ausgleichszahlungen auch bezuschusst werden – für alternativ genutzte Betriebskindergärten oder für Kindergartenplätze in anderen Gemeinden. In jedem Falle bedeutet das heute zusätzliche Logistik für die Familien statt Lösungen vor Ort..

Beispiel Tairnbach:

*Die örtliche Grundschule weist in allen Klassen derzeit so wenige Schüler auf, dass der Schulstandort von der Schließung bedroht ist. In der Konsequenz müssten auch die verbliebenen Schüler, derzeit noch 48 insgesamt, davon 4 in der ersten Klasse, auf andere Schulstandorte ausweichen – mit entsprechenden Belastungen für Kinder und Eltern. Nur durch schnelle gezielte Ansiedlung junger Familien mit kleinen Kindern ließe sich das vermeiden. Dies bedeutet, dass die Wohnattraktivität Tairnbachs insbesondere für junge Familien **kurzfristig** verbessert werden muss: Sicherstellung der fehlenden Grundversorgung, Absenken der Grundstückspreise, bessere Anbindung an den Nahverkehr – nicht aber: Brunnensanierung.*

Jugend und Senioren

Weit oben in meiner Prioritätenskala als Bürgermeisterin stehen die Jugendlichen und hilfsbedürftige ältere Menschen. Beide Gruppen sind aufgrund ihrer größtenteils eingeschränkten Mobilität ganz besonders auf das örtliche Angebot angewiesen.

Ergänzend zum vorhandenen Betreuungskonzept der Sozialstation Letzenberg im Rahmen des Konzepts „Betreuten Wohnen“ müssen die Lebensbedingungen für Ältere in unserer Gemeinde so geplant werden, dass diese auch in der Zukunft altersgerecht leben können. Konkret bedeutet das: Schaffung, Ausbau und Erhaltung wohnungsnaher Versorgungsnetze (medizinische Betreuung und Pflege, Waren des täglichen Bedarfs), um älteren Bürgerinnen und Bürgern das Verbleiben im gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Die Einrichtung einer Tagespflege- und einer Demenzgruppe in Mühlhausen ist bereits im Aufbau, die Einrichtung eines Pflegeheims muss in den nächsten Jahren bedarfsgerecht geprüft werden.

Für Jugendliche müssen in allen Ortsteilen die Möglichkeiten einer zeitgemäßen Freizeitgestaltung verbessert werden. Trotz der jüngsten Fertigstellung der erweiterten Sportanlagen am Waldrand in Mühlhausen ist das Angebot in allen drei Ortsteilen noch lückenhaft und unzureichend, insbesondere wiederum in Tairnbach.

Zudem ist die verkehrstechnische Verbindung zwischen den Ortsteilen gerade für Kinder und jüngere Jugendliche noch rudimentär. Die Radwegeverbindung zwischen Mühlhausen und Rettigheim muss zwingend komplettiert werden.

Prinzipiell ist anzustreben, dass die Jugendlichen frühzeitig in die Konzeption neuer für sie gedachter Projekte unmittelbar eingebunden werden und an der Entscheidungsfindung und Umsetzung partizipieren können.

Beispiel Tairnbach:

Seit Monaten ausstehende Renovierungsarbeiten im vorgesehenen Jugendraum im Schloss könnten unter direkter Mithilfe und Einbindung der Jugendlichen – unter fachlicher Anleitung und Aufsicht – längst in Angriff genommen worden sein. Dies bedarf lediglich der Beauftragung eines Handwerkers und einiger vorbereitender organisatorischer Maßnahmen, stärkt aber gleichzeitig die Eigenverantwortlichkeit der Jugendlichen und ihre Wertschätzung der selbst und nach eigenen Vorstellungen geschaffenen und überlassenen Einrichtungen.

Generell möchte ich erreichen, dass junge und ältere Menschen mehr Zeit zusammen verbringen. Das praktische Wissen und die Erfahrungen älterer Menschen im handwerklichen und hauswirtschaftlichen Bereich sollen nicht verlorengehen, sondern im Rahmen entsprechender Projekte an die jüngere Generation weitergegeben werden. Davon profitieren, ohne große Kosten, beide Seiten und das Zusammengehörigkeitsgefühl im Ort wird weiter gestärkt.

Beispiele: *Vorlesestunden von Älteren für Kinder, gemeinsame Koch- und Backkurse, Ausbau oder Renovierung von Jugendtreffpunkten.*

Wichtig ist hierzu die Schaffung weiterer **Begegnungsstätten** (in vorhandenen Gebäuden) für Menschen aller Altersgruppen. Viele von ihnen sind zwar in einem oder mehreren der vielen Ortsvereine engagiert, aber es gibt eben auch Gruppen, die sich aus unterschiedlichsten Gründen von diesem Angebot nicht angesprochen fühlen. Auch sie müssen Gelegenheit bekommen, ihre Interessen und Bedürfnisse zu äußern - und die Möglichkeit, sich im Rahmen des örtlichen Gemeindelebens einzubringen und ihre Vorstellungen umzusetzen.

In allen sozialen Bereichen ist **bürgerschaftliches Engagement** unverzichtbar.

Hier sind neben dem traditionellen Ehrenamt neue Formen der Mitwirkung zu suchen, für die es nicht erforderlich ist, sich an einen Verein oder eine Organisation zu binden, sondern die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, auch zeitlich befristet in Projekten oder für sie wichtigen Angelegenheiten mitzuwirken und dafür ihre Zeit einzusetzen.

Wer sich aber ehrenamtlich engagiert, hat ein Anrecht auf Dank und angemessene Anerkennung, die im Rahmen einer neu zu gestaltenden Anerkennungskultur gepflegt werden müssen.

Themenbereich II

Haushalt und Ökologie

Plakat:

„Zukunftsgestaltung statt Nummernverwaltung“



Haushaltskonsolidierung

Die finanzielle Situation der Gemeinde bestimmt maßgeblich über ihre eigene künftige Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit.

Hier ist meines Erachtens eine Grenzsituation des Verantwortbaren durch die vielfach sicher vernünftigen Infrastrukturmaßnahmen der Vergangenheit bereits entstanden. Genannt seien stellvertretend: die Umgehungsstraße und die Sportanlagen, die Erschließung von Bau- und Gewerbegebieten in allen Ortsteilen, zahlreiche energetische Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden, die Errichtung des ersten Bauabschnitts der Seniorenwohnanlage (über einen Bauträger) oder der Wettbewerb zur Ortskernsanierung Mühlhausen.

Manch eine (Bau-)Maßnahme hatte aber auch bereits in der Vergangenheit eher den Charakter einer „Ausgleichszahlung“.

Im Ergebnis sind die Pro-Kopf-Schulden auf neue Höchststände angewachsen, Tendenz: weiter stark steigend. Woher allerdings die Gegenfinanzierung kommen soll, ist allen Fraktionen im Gemeinderat gleichermaßen unklar. Bereits im laufenden Etat stecken viele Fragezeichen.

Konsolidierung ist daher nun angesagt: Weitere finanzielle Belastungen künftiger Generationen sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sie tatsächlich und unzweifelhaft auch diesen künftigen Generationen einen fassbaren Nutzen gewährleisten. Projekte, die eher den Charakter von Liebhaberei und Denkmalpflege als von Sachorientierung haben, sind gegenwärtig tabu.

Die Gemeinde Mühlhausen besteht als wachsende Wohngemeinde mit glücklicherweise vergleichsweise günstiger Demographie aus vielen Familien, Gewerbetreibenden und Vereinen mit vielen unterschiedlichen Wünschen und Bedarfen. Die Gemeindeverwaltung wird aber aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht mehr alle diese Bedürfnisse erfüllen können.

Das Gebot der Stunde für jeden künftigen Bürgermeister muß heißen: Exakte Planung und klare Priorisierung. Als ausgebildete **Ökonomin** bin ich genau das gewohnt: zu planen und zu priorisieren. – Demgegenüber stehen auf den Visitenkarten meiner Mitbewerber andere Attribute im Vordergrund: Verwalten und Bauen.

Entscheidend für die erforderliche **Sanierung des kommunalen Haushalts** ist die konsequent zweigleisige Betrachtung der ökonomischen „Ergebnisschere“: Einnahmenerhöhung und Ausgaben senkung sind parallel anzugehen.

Aufgrund verfassungsrechtlicher Grundlagen hat die Gemeinde aber auf der Einnahmenseite nur wenige Stellschrauben: Die wichtigste Einnahmequelle, die kommunalen Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer, ist konjunkturabhängig und kann, sofern überhaupt, nur über die Anzahl der wohnansässigen Einwohner indirekt beeinflusst werden. Bei den Mitteln des Landes im Rahmen gezielter, projektgebundener Zuweisungen (vornehmlich für kommunale Bauvorhaben) ist bei Inanspruchnahme immer der notwendige Eigenanteil der Gemeinde zu berücksichtigen - und die Sinnhaftigkeit dieser Investition daher nicht nur unter dem Aspekt kurzfristig zufließender Mittel zu beurteilen. Insbesondere sind bei künftigen Investitionsentscheidungen und auch bei der Auferlegung sonstiger finanzieller kommunaler Lasten dauerhaft nachlaufende Folgekosten fortan von Beginn an vollständig einzuplanen.

Auch ist es wenig kreativ, für manchen Ansiedlungswilligen gar abschreckend, zur Verbesserung der Einnahmenseite immer wieder die Hebesätze der kommunalen Steuern und die Gebühren für kommunale Dienstleistungen zu erhöhen. Vielmehr muss – unter besserer Einbindung der jüngst geschaffenen Infrastruktur - das Angebot kommunaler Dienstleistungen noch bedarfsgerechter ausgestaltet werden, um seine Akzeptanz in der Breite zu erhöhen.

Damit flößen dann ohne größeren Aufwand auch zusätzliche neue Einnahmequellen.

Beliebter Weg zur Erhöhung der Einnahmen war bisher der Verkauf von Grundstücken für die Gewerbe- und Wohnbebauung. Hierbei handelt es sich auf den ersten Blick zwar um das Veräußern von Tafelsilber, andererseits folgten der Veräußerung von Gewerbegrundstücken im Regelfall zusätzliche Erlöse aus Gewerbesteuerermehreinnahmen - und der Veräußerung von Baugrundstücken für Wohnbebauung Mehreinnahmen aus höheren Zuweisungsbeträgen bei der Einkommensteuerumlage infolge der höheren Einwohnerzahlen.

Hierzu äußere ich mich nochmals näher im Themenbereich III „Infrastruktur“: Die Beurteilung ist für alle drei Ortsteile differenziert zu sehen.

Auf der Ausgabenseite sind ausnahmslos alle Positionen einzeln auf den Prüfstand zu stellen.

Einsparpotenziale liegen sicher in der stärkeren Verlagerung kommunaler Aufgaben auf gemeindeübergreifende Verbände, die ja bereits existieren.

Daher ist es umso wichtiger, dass man sich auch zwischen den Ortsteilen deutlich besser austauscht. Nicht alles muss dreimal vorhanden sein.

Ökologie

Der ressourcenschonende Umgang mit Energie wird für Kommunen immer wichtiger.

Zum einen leisten sie dadurch einen Beitrag zum Klimaschutz, zum anderen kann auf Dauer die Haushaltskasse entlastet werden. Beispiele hierfür sind die regelmäßige Überprüfung und Verbesserung der Energieeffizienz öffentlicher Gebäude sowie die Nutzung von Energiesparpotentialen.

Für Privathaushalte müssen Anreize gesetzt werden, kontinuierlich eigene Energiesparmaßnahmen durchzuführen. Hier müssen die vorhandenen Fördermöglichkeiten noch konsequenter transparent gemacht und den Bürgern nahe gebracht werden.

Äußerst wichtig ist zudem der Erhalt der hochwertigen Natur rund um die einzelnen Ortsteile der Gemeinde Mühlhausen sowie die Maßnahmen zum Ausgleich der tiefen Eingriffe in die Natur infolge der Fertigstellung der Ortsumgehung Mühlhausen.

Aufforstung und Wiederherstellung der Waldwege, Artenschutz und Erhalt des Naturraums als Erholungsraum für die Anwohner stehen nach den einschneidenden Veränderungen der letzten Jahre oben auf der Prioritätenrangliste eines künftigen Bürgermeisters, der sein ökologisches Gewissen nicht an der Garderobe abgibt.

Kurzfristige ökonomische und langfristige ökologische Anforderungen müssen dauerhaft in Einklang gehalten werden. Ein Baum ist schnell gefällt – aber es braucht Jahrzehnte, bis ein neuer nachgewachsen ist.

Themenbereich III

Infrastrukturelle Maßnahmen

- Mühlhausen
- Rettigheim
- Tairnbach

Plakate:

- „Betreuungskonzepte statt Baudenkmäler“
- „Zuallererst mal Kindergartenplätze“ (Rh)
- „Grundversorgung vor Baukosmetik“ (Tb)



Ortskernsanierung Mühlhausen

Im absoluten Vordergrund steht die Fertigstellung der Ortsumgebung in den nächsten zwölf Monaten. Eine Herabstufung der bisher den Ort teilenden Bundesstraße zu einer Gemeindestrasse kann bekanntlich erst erfolgen, wenn die Umgehung eröffnet worden ist.

Parallel dazu können planerische Arbeiten hinsichtlich der Ortskernsanierung im Zentrum aber sicher bereits weiter vorgebracht werden. Noch im Laufe des Jahres 2012 kann etwa aus dem vom beauftragten Planungsbüro zu erstellenden Rahmenplan der Bereich „Verkehrsberuhigung Hauptstrasse“ herausgelöst und dort in die Detailplanung eingestiegen werden.

Begonnen werden kann dann in einer ersten baulichen Phase absehbar damit, die Ortsmitte zunächst durch eine stärkere Durchlässigkeit der Hauptstrasse für den Fußgängerverkehr attraktiver zu machen. Die Sicherheit der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer, insbesondere Kinder und Senioren, muß nach und nach in allen Abschnitten erhöht werden.

Weitere Phasen der Ortskernsanierung sind meines Erachtens derzeit und absehbar nicht aus kommunalen Eigenmitteln finanzierbar. Hier gilt es, die entsprechenden Förderprogramme auf allen politischen Ebenen – Kreis, Land, Bund – und aus allen betroffenen Themenfeldern – Energie, Verkehrssicherheit, etc. – sowie die Möglichkeiten moderner Finanzierungsinstrumente (Stichwort: PPP) konsequent zu nutzen.

Das bedeutet, dass sich die Gesamtmaßnahme realistischerweise insgesamt über Jahrzehnte erstrecken wird. Natürlich ist es richtig, das Thema insgesamt durchzuplanen, um dann einzelne Phasen sukzessive in Angriff zu nehmen: insbesondere die energetische Sanierung der anliegenden Gebäude und die Öffnung der Freiflächen hin zum Waldangelbach und zum Landschaftsschutzgebiet Heiligenstein sind vorrangig.

Prinzipiell muss aber immer gelten: Erst sichere Finanzmittel, dann bauliche Umsetzung.

Ich halte es daher für absolut unseriös, bereits im Rahmen dieses Wahlkampfes Aussagen zu einzelnen weiterreichenden Aspekten der Ortskernsanierung in zeitlicher Hinsicht zu treffen.

Ausweis neuer Bau- und Gewerbegebiete

Nach vielen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte ist die Frage sicher berechtigt: Wie viele neue Bau- und Gewerbegebiete verkräftet eine Wohngemeinde wie Mühlhausen noch bzw. wie viele Neubürger und welche weiteren Gewerbebetriebe sollen und können überhaupt noch zusätzlich angesiedelt werden?

Eine Kannibalisierung des örtlichen Einzelhandelsangebots oder der Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe ist sicher nicht wünschenswert, viele Angebote von produktiven Betrieben sind bereits vorhanden. Mit einem Einwohnerwachstum von rund 35 % in den letzten 30 Jahren – von etwa 6.000 Anfang der 1980er auf derzeit 8.200 Einwohner – ist auch das jüngere Bevölkerungswachstum sicher als äußerst rasant zu bezeichnen. Dabei sind aber die Entwicklungen in den drei Ortsteilen äußerst differenziert zu betrachten.

Für den künftigen Bürgermeister bedeutet das, sich nach dem schnellen Wachstum künftig aktiver **steuernd** in der Ansiedlungspolitik engagieren zu müssen: Der Ausweis weiterer Gewerbebezonen muß in bedarfsgerechter Abstimmung mit Gewerbeverein, Einzelhändlern, ansässigen Gewerbetreibenden und Wohnbevölkerung erfolgen, nicht nach Haushaltslage. Die Erschließung weiterer Baugebiete für Wohnbebauung ist hingegen unterschiedlich nach den Ortsteilen einzeln zu beurteilen.

In **Mühlhausen** muß in der Wohnbebauung gezielt das Schließen von bestehenden Baulücken vorangebracht werden. Der Ausweis neuer Baugebiete stößt bereits an Grenzen und verändert zudem den dörflichen Charakter zusehends.

Das verfügbare Angebot an Gewerbeflächen am Ortsrand ist bis heute nicht vollständig vergeben. Der Ausweis weiterer Gewerbeflächen entlang der künftigen Umgehungsstraße muss daher äußerst sorgfältig vonstatten gehen: Ein weiterer systematischer Rückbau der Natur kann weder im Interesse der Anwohner noch der gesamten Einwohnerschaft liegen. Er darf nur nach Abwägung von zusätzlichen Belastungen und fassbarem Nutzen vorgenommen werden: Flächenverbrauch, stärkere Umweltbelastungen und Einschränkungen der Wohn- und Lebensqualität stehen hier zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Steuermehreinnahmen und einer etwaigen Verbesserung des örtlichen Angebots gegenüber.

Speziell in **Rettigheim** sollten neue Baugebiete vorläufig erst dann wieder erschlossen und Neubürger angesiedelt werden, wenn zuvor das Angebot an Kinderbetreuung an die bereits bestehenden quantitativen und qualitativen Engpässe angepasst wurde.

Schon jetzt übersteigt die Nachfrage nach Kleinkind- und Ganztagsplätzen in den Kindergärten *Arche Noah* und *St. Nikolaus* das verfügbare Angebot beträchtlich (vgl. Themenbereich I).

Hier steht die Schaffung weiterer Betreuungsmöglichkeiten, die im Interesse der berufstätigen Eltern noch besser aufeinander abgestimmt und in Richtung Ganztagsbetreuung von Kleinkindern erweitert werden müssen, klar im Vordergrund

Umgekehrt sind die ausreichend vorhandenen Grundstücke in **Tairnbach** nahezu unverkäuflich und die Ansiedlung von Einwohnern und Gewerben stagniert. Warum? –

Alle wissen es, keiner will es hören: Es liegt zum einen an überhöhten Bodenpreisen für schwer zu bebauendes Gelände, die es selbst jungen einheimischen Familien, die gerne bleiben würden, schwer machen, dort ihre Vorstellungen zu verwirklichen. Viele gehen in umliegende Gemeinden mit günstigeren baulichen Voraussetzungen.

Zum anderen mangelt es unverändert an der erforderlichen Grundversorgung – Brot, Zeitung, Briefmarke – und einer besseren Verkehrsanbindung an die weiterführenden Schulen sowie die S-Bahn-Haltestellen in Wiesloch und Rot-Malsch.

Beides wäre leicht zu schaffen, müsste im eigenen Interesse nötigenfalls von der Gemeinde sogar subventioniert werden. Dann bestünde immerhin wieder die Chance, der Überalterung des Ortsteils entgegenzuwirken: Auch Ansiedlungswillige von außerhalb könnten wieder eher darüber nachdenken, sich im Ortsteil anzusiedeln.

Wenn es nicht gelingt, hier die Weichen neu zu stellen, und stattdessen die ohnehin knappen Mittel in Schlossplatz- und Brunnensanierungen verbaut werden, wird die beschriebene Situation selbst für die vermeintlich hiervon profitierende heutige Wohnbevölkerung schwieriger: Das soziale Miteinander zwischen Jung und Alt wird kaum noch funktionieren – weil die Jungen gehen und sich Auswärtige aufgrund der besagten Missstände nicht ansiedeln werden.

Mittelfristig resultiert dies letzten Endes in nachteiligen Auswirkungen sogar für diejenigen, die vor Ort bereits mit Eigentum investiert sind: Die Veräußerbarkeit ihrer Immobilien wird nur über deutlich fallende Preisniveaus gewährleistet werden können.

Auch wenn erste Schritte zum Erhalt der dörflichen Infrastruktur bereits angekurbelt sind, etwa die Wiedereinrichtung einer ärztlichen Sprechstunde, ist vor weiteren baukosmetischen



Maßnahmen zur Dorfverschönerung zuerst die örtliche Grundversorgung der Bürgerschaft sicherzustellen. – Wer ehrlich ist, stimmt dem zu.